

Gestern ist nicht heute

Am 30. Januar 1933 haben die Nazis die Macht in Deutschland ergriffen und noch in derselben Nacht kam die Gestapo in die Wohnung meines Vaters und wollte ihn, offensichtlich, „nach eingehender Recherche“ verhaften. Das Verbrechen meines Vaters bestand darin, dass er in seiner Zeitschrift „Freie Jüdische Rundschau“ über die Nazis geschrieben und sich über Hitler lustig machte. Mein Vater konnte nur noch durch Flucht sein Leben retten.

Fünfundachtzig Jahre später passiert mir etwas ähnliches. Bei meinem Vater war es der Staat, in meinem Fall ist es die Stadt. Ich sollte nicht verhaftet und nicht in einem KZ zu Tode gequält, aber doch zum Schweigen gebracht werden. Am 4.10.2017 schreibt mir die SAALBAU Betriebsgesellschaft, offensichtlich auf Veranlassung des Magistrats der Stadt Frankfurt: „...nach eingehender Recherche über Inhalte der Buchvorstellung kann die Veranstaltung am 13. Oktober 2017 (die ich vor drei Wochen gebucht und bezahlt habe) nicht stattfinden.“

Ich will beide Ereignisse nicht gleichstellen, aber doch vergleichen. Mein Vater musste fliehen, weil er den Nazis nicht vertraut, weil er gehaut hat, was sie mit ihm machen würden, wenn sie ihn verhaften. Ich werde natürlich nicht fliehen, weil ich diesem Staat vertraue, seiner Verfassung, dem Grundgesetz, und weiß, dass das Recht und die Gesetze mich schützen werden.

Dennoch frage ich mich wie lange wir noch solche undemokratische und einseitige Verletzungen des Grundgesetzes, des Rechts des einzelnen auf seine eigene Meinung und darauf, dass er diese Meinung vertreten und vortragen kann und darf, dulden wollen. Mein Fall ist kein Einzelfall. Christoph Rinneberg hat eine 10 Seiten langen Liste mit ähnlichen Vorfällen erstellt, die von Aachen bis Ulm reicht, mit Stationen in: Bayreuth, Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Gräfelfing, Hamburg, Hannover, Hechingen, Heidelberg, Hildesheim, Kassel, Kiel, Köln, Leipzig, Mainz, München, Neuss, Nürnberg, Oldenburg, Tutzing. In manchen Städten bis zu 10 Mal, nämlich solchen, in denen die „Antideutschen“ besonders stark und aktiv sind. Wann wird die Öffentlichkeit anfangen sich gegen diese massive Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu wehren.

Ich sollte deswegen meinen Frust und meinen Zorn gegenüber dem Staat und der Stadt Frankfurt richten, aber ich ziehe es vor unsere Gesellschaft zu kritisieren, besonders die Presse, deren Aufgabe es eigentlich ist unsere Demokratie zu schützen. Seit Jahren aber stelle ich fest, dass die Presse, mit sehr wenigen Ausnahmen, zu diesem Unrecht, zu den 75 gemeldeten Verletzungen von Recht und Gesetz und den mindestens so vielen nicht gemeldeten Fällen, schweigt und in der Regel den Verletzern die Bühne für ihre widerlichen, undemokratischen und verleumderischen Behauptungen frei gibt.

Beispiele dafür gibt es hunderte wenn nicht sogar Tausende. Ich will nur das letzte Beispiel hier erwähnen, als am 9. September 2017 die BILDZEITUNG berichtete: „Immer mehr antisemitische Delikte“, und behauptet hat, dass die Zahl der „antisemitischen Delikte“ zugenommen hat.

„Der Vorwurf des Antisemitismus ist in letzter Zeit zur billigen Münze verkommen“, schreibt der ehemalige linke Bundestagsabgeordnete Norman Paech. BILD berichtet, dass es immer mehr antisemitische Delikte gibt, obwohl der offizielle Bericht des Bundesministeriums des Inneren „Antisemitismus in Deutschland - ein Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, genau das Gegenteil sagt. Wenn es 2014 in Deutschland 1596 antisemitische „Straf- und

Gewalttaten“ gab, so waren es 2015 „nur“ noch 1366 und wenn man die Zahl der Gewalttaten betrachtet, dann waren es 2014 insgesamt 44 Gewalttaten, 2015 aber nur 36. Da frage ich mich woher BILD und andere Tageszeitungen und insbesondere der Zentralrat der Juden in Deutschland, der von einem Steigen von antisemitischen Delikten sprach, die Chuzpeh nehmen, die Bevölkerung so falsch zu informieren und zu manipulieren. Und wieso das niemanden auffällt? Sitzen denn überall Redakteure und Chefredakteure, die sich vor dem Zentralrat und seinen „Soldaten“ fürchten. Ich kann das verstehen. Keiner möchte als „Antisemit“ verleumdet werden, und Kollegen wie Henryk M. Broder sind mit diesem Vorwurf sehr schnell bei der Hand.

Und wenn man Straftaten im Zusammenhang mit dem „Israel-Palästina Konflikt“ betrachtet, dann waren es, nach Angaben des o.g. Expertenkreises im Jahre 2009 (Gazakrieg!) 350 Straftaten und 2014 (Gazakrieg!) sogar 575 aber in den Jahren 2003 bis 2013 bewegte sich die Zahl zwischen 38 (2007) und 116 (2006) eher im Bereich deutlich unter 100. Und weiter teilen uns die Experten mit, dass unter der Gesamtzahl von Straftaten im Themenfeld „Israel-Palästina-Konflikt“ nur ca. ein Drittel antisemitisch zu bewerten ist.

Die Medien, insbesondere die Springer-Presse, aber auch die Parteien und hier besonders die SPD versuchen uns klar zu machen, dass die Zahl antisemitischer Delikte steigt. Die Zahlen sprechen aber eine ganz andere Sprache. Die sogenannten Straftaten stiegen in den Jahren 2003 bis 2014 nur zwei Mal, im Jahre 2009 und 2014 und zwar immer dann, wenn Israel brutal und unverhältnismäßig Palästinenser angegriffen und getötet, um nicht zu sagen ermordet hat.

BILD berichtet, dass „die Zahl antisemitischer und antiisraelischer Delikte in Deutschland“ um vier Prozent zugenommen hat“. Und wenn die Gesamtzahl der Delikte auf diesem Gebiet im Vergleich zu der Gesamtzahl aller Hassdelikte in Deutschland verschwindend gering ist, wie kann man da bei einem solch niedrigen Niveau überhaupt von „immer mehr“ schreiben und die Bevölkerung so verunsichern?

Was ist los in Deutschland. Die Antwort darauf ist simpel: Als ein israelischer Botschafter in den USA seinen Dienst beendet und nach Israel zurückkehrte, wurde er vom berühmten angesehenen Publizisten Amos Elon, der damals für Haaretz schrieb, gefragt: „Was war Ihr größter Erfolg als Botschafter?“ Dieser antwortete kurz und schnell: „Es ist mir gelungen die amerikanische Administration davon zu überzeugen, dass Antizionismus gleich Antisemitismus ist“.

Da und hier liegt der Hund begraben. Der israelischen „Hasbara“ (Propaganda) ist es gelungen die deutsche Politik, die deutsche Presselandschaft und viele Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen, dass Kritik an Israels Politik gleich Antisemitismus ist. Nicht mehr und nicht weniger. Diese Antisemitismuswolke wirft seit Jahren immer mehr Schatten auf den innerdeutschen Diskurs. Es gibt in der Politik und in der Presse einen vorauseilenden Gehorsam. Man hat vor dem Thema Angst, man hat Angst etwas Falsches zu sagen und als Antisemit zu gelten, was für manche das Ende ihrer Karriere bedeutet.

Abraham Melzer, 5.10.2017